

**BRIEF AUS BERLIN – NR. 2/2014****Inhalt**

- + Vorwort
- + Verantwortung in der SPD-Bundestagsfraktion
- + Meine Berichterstattungen in der 18. Wahlperiode
- + Rentenpaket & Mindestlohn
- + BAföG-Bericht & Novelle
- + Berufsbildungsbericht 2013
- + „Gefährliches Spielzeug“
- + Berlinfahrt
- + Besuch in Berlin
- + Termine

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

was für eine bewegende Woche! Auch in meiner zweiten Sitzungswoche ist wieder viel passiert: Kaum bin ich in das Parlament eingezogen, wurde ich schon in den erweiterten Fraktionsvorstand gewählt. Doch dabei blieb es nicht: Ich zähle nun auch noch zu den beiden Sprechern des „Netzwerk Berlin“, einem Zusammenschluss jüngerer, pragmatisch orientierter Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion.



Mit diesen neuen Funktionen ausgestattet, starte ich nun hochmotiviert in die 18. Wahlperiode und freue mich auf die Verantwortung und Aufgaben, die damit verbunden sind. Erfreulicherweise stehen nun auch meine konkreten Themen, die ich im Bundestag bearbeiten werde fest. Trotz dieser festgelegten Themen bin ich natürlich offen für alle Anliegen aus meinem Wahlkreis.

Natürlich möchte ich aber nicht die „harten Fakten“ aus den Debatten im Plenum vorenthalten: Die Top-Themen dieser Woche waren die Pläne zur Rentenreform und zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Im Bereich Bildung und Forschung wurden die Abgeordneten über den BAföG-Bericht und den Berufsbildungsbericht 2013 unterrichtet – nicht nur für mich als Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung spannend, sondern Themen, die gerade Familien mit Kindern stark beschäftigen und von höchstem Interesse sind.

Zu guter Letzt möchte ich noch auf die Möglichkeit verweisen, mich in Berlin zu besuchen: Das Angebot richtet sich an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Mehr Informationen dazu gibt es auf den Seiten 9 und 10.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und ein erholsames Wochenende!



Verantwortung in der SPD-Bundestagsfraktion



Obwohl ich zu den 87 neuen SPD-Bundestagsabgeordneten zähle, trage ich verstärkt Verantwortung in der 193-köpfigen SPD-Bundestagsfraktion: Vergangenen Dienstag wurde ich von der SPD-Bundestagsfraktion in den erweiterten Fraktionsvorstand gewählt und habe mich dabei erfolgreich gegen Mitbewerber durchgesetzt.

Weiterhin zähle ich nun auch zu dem Vorstand des "Netzwerk Berlin" und fungiere ab sofort als einer der beiden Sprecher. Neben zahlreichen Gesprächen und Treffen habe ich in dieser neuen Funktion am Donnerstag bereits eine Abendveranstaltung mit dem frisch gewählten stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Ralf Stegner moderiert. Das "Netzwerk Berlin" zählt neben dem Seeheimer Kreis und der Parlamentarischen Linken zu den größten Zusammenschlüssen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und besteht vor allem aus jungen, eher pragmatisch orientierten Bundestagsabgeordneten.



Ich freue mich über die Aufgaben, die mit diesen neuen Funktionen verbunden sind. Für einen neuen Abgeordneten bedeuten die zugewiesenen Funktionen einen enormen Vertrauensbeweis und auch das Ergebnis, das ich diese Woche erzielen konnte, ist gerade für einen „Neuling“ nicht selbstverständlich. Ich freue mich auch auf die damit verbundene Verantwortung und die Zusammenarbeit mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen. Natürlich möchte ich diese Funktionen auch nutzen, um viel Gutes für unsere Region zu bewirken.



Meine Berichterstattheremen für die 18. Legislaturperiode stehen fest

In meinem letzten Newsletter habe ich davon berichtet, in welchem Ausschuss ich von nun an die parlamentarische Arbeit unterstütze und aktiv politisch mitgestalten werde. Zu diesem Zeitpunkt standen meine konkreten Zuständigkeiten noch nicht fest. In dieser Woche wurden in der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Gremium, das die Ausschusssitzung auf reiner SPD-Ebene vorbereitet, die konkreten Zuständigkeiten für jeden Abgeordneten beschlossen. Demnach werde ich mich zukünftig intensiv um Europäische Bildungszusammenarbeit und -programme (z. B. ERASMUS), die Finanzierung lebensbegleitenden Lernens (z. B. Meister-BAföG), kulturelle Bildung sowie das Thema „Faire Praktika“ kümmern. Dieses Spektrum wird wahrscheinlich noch um ein weiteres Thema ergänzt werden.

Das Rentenpaket sowie Gesetz zum Mindestlohn kommen



Diese Woche ist im Bundestag viel passiert: Die Große Koalition startet mit Elan in die neue Legislaturperiode und packt wichtige Vorhaben direkt an. So wurde nicht nur das Rentenpaket im Kabinett verabschiedet, sondern auch die Zeitschiene für das Gesetz zum Mindestlohn vereinbart.

Mit dem Rentenpaket legt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein hohes Tempo vor – und macht klar: Die SPD hält Wort. Bereits ab dem 1. Juli 2014 wird es für Millionen von Menschen Verbesserungen in der Rente geben. SPD.de gibt einen Überblick über die vier Komponenten des Rentenpakets.



Die SPD hatte mehr Gerechtigkeit in der Rente versprochen – „und das setzen wir auch um“, so Nahles bei der Vorstellung des Rentenpakets am Mittwoch in Berlin.

Das Gesetzespaket umfasst die von der SPD in den Koalitionsvertrag eingebrachte abschlagfreie Rente nach 45 Beitragsjahren genauso wie eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente. Auch in Sachen Mütterrente konnte die SPD eine Einigung mit der Union erzielen. Zudem wird es mehr Geld für Reha-Leistungen geben.

Mehr Informationen zum Rentenpaket gibt es unter www.rentenpaket.de.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zeigte im Plenum weiter Einsatz und stand auch für ihr Vorhaben zum Mindestlohn ein: Noch im Frühjahr will sie ein Gesetzespaket zum Mindestlohn und zur Tarifeinheit auf den Weg bringen.

Ihr Ministerium werde "in diesen Wochen das nächste Paket schnüren", kündigte die SPD-Politikerin am Donnerstag im Bundestag an. Das zweite Paket nach der am Mittwoch vom Kabinett gebilligten Rentenreform wird demnach vier Teile beinhalten. Dazu zähle der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro in Ost- und Westdeutschland "in allen Branchen und ohne Ausnahme", sagte Nahles. "Das schaffe eine wirksame Barriere gegen Lohndumping." Zudem würde die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert und das Arbeitnehmerentsendegesetz für tariflich vereinbarte Mindestlöhne auf alle Branchen ausgedehnt.

"Auch das Prinzip der Tarifeinheit wollen wir noch in diesem Jahr gesetzlich absichern", kündigte Nahles an. Die Ministerin setzt damit weitere Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag mit der Union um.



BAföG-Bericht: BAföG muss modernisiert werden

Am Mittwoch, den 29. Januar 2014, verabschiedete das Bundeskabinett den 20. BAföG-Bericht. Die Große Koalition will noch in diesem Jahr das BAföG verbessern und dazu Gespräche mit den Ländern aufnehmen. Die entscheidenden Fragen für Studenten und Eltern bleiben allerdings weiterhin offen: In dem 55-seitigen Bericht werden keine Aussagen zum Umfang einer BAföG-Erhöhung oder den konkret angestrebten Verbesserungen gemacht. Die Ausbildungsförderung, die zu 65% vom Bund und zu 35% von den Ländern finanziert wird, wurde zuletzt im Jahr 2010 um 5% angehoben.

Gewerkschaften, Studentenverbände und das Deutsche Studentenwerk (DSW) sehen die Reform vor dem Hintergrund gestiegener Lebenshaltungskosten als „längst überfällig“. Durchschnittlich erhält ein förderungsberechtigter Student heute 448 Euro, bzw. 670 Euro, wenn er oder sie nicht mehr im Elternhaus wohnt. Mit derzeit 630.000 geförderten Studierenden und Fachschülern wurde der höchste Stand seit 30 Jahren erreicht, wodurch die Gesamtausgaben des Staates auf 3,34 Milliarden Euro angewachsen sind. Das BAföG ist ein bildungspolitisches Erfolgsmodell, das auch fast 43 Jahre nach seiner Einführung ein unverzichtbares Instrument in der Bildungspolitik ist. Besonders erfreulich hat sich das Auslandsstudium mit BAföG entwickelt: 2012 wurden fast 54.000 Auslandsaufenthalte deutscher Studierender mit BAföG unterstützt und somit ein Viertel mehr als noch 2010.

Der SPD-Fraktionsvizepräsident Hubertus Heil sieht Finanzminister Schäuble und Bildungsministerin Wanka nun in der Pflicht, die BAföG-Reform nicht nur anzukündigen sondern auch zeitnah in die Tat umzusetzen. Ich setze mich insbesondere dafür ein, dass BAföG moderner zu machen, Förderlücken zwischen Bachelor- und Masterstudium zu schließen und Familienzeiten besser zu integrieren. Zudem müssen Altersgrenzen, Bedarfssätze und Freibeträge kontinuierlich überprüft und angepasst werden.



Berufsbildungsbericht 2013: Tarifliche Ausbildungsgarantie in Planung

Die Bundesregierung hat am Mittwoch, den 29. Januar 2014 den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über den Berufsbildungsbericht 2013 unterrichtet. Das Erfolgsmodell der beruflichen Bildung in Deutschland ermöglicht vielen jungen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt und somit die Chance auf sichere Lebensperspektiven. Die SPD-Bundestagsfraktion hat es sich zum Ziel gesetzt, den Ausbildungspakt zur Allianz für Aus- und Weiterbildung in Kooperation mit den Sozialpartnern weiterzuentwickeln und eine tarifliche Ausbildungsgarantie umzusetzen.

Die derzeitige Ausbildungsbetriebsquote ist 2012 auf 21,7 % gesunken und liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit 1999. Insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen sehen wir Potential, die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze zu erhöhen. Betriebe, die Jugendliche mit geringeren Qualifikationen einstellen, sollen eine zusätzliche Unterstützung durch die ausbildungsbegleitenden Hilfen und die assistierte Ausbildung erhalten.

Zur Steigerung der Attraktivität des gesamten Bildungssystems erachte ich es als sehr wichtig, die Gleichwertigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung zu fördern. Beide Bildungswege müssen so miteinander verbunden werden, dass ein Wechsel zwischen diesen problemlos möglich ist.

Martin Rabanus: „Was passiert in unseren Kinderzimmern?“

Der Bundestagsabgeordnete Martin Rabanus (SPD) aus dem Rheingau-Taunus-Kreis hat sich der Frage angenommen, welche undecklierten und ggf. gesundheitsgefährdenden Stoffe sich tagtäglich in Deutschlands Kinderzimmern wiederfinden. Ein sensibles Thema ist dabei die bei Kindern wie Eltern beliebte Knete, die es in fast jedem Kinderzimmer gibt.



In einem gewissen Alter nehmen Kinder nämlich beinahe alles in den Mund und nicht immer lässt sich das durch Erzieher oder Eltern verhindern. Kritisch ist das insbesondere bei Spielzeugen, die durch ihre Konsistenz, Größe und/oder ihren Geruch, Kinder regelrecht zum Kosten verführen. So verhält sich das zum Beispiel bei Knete, aber auch bei Slimy, Hüpfknete und ähnlichen flüssigen, weichen oder pastösen Spielsubstanzen.

„Aufgrund des vorhersehbaren Gebrauches der Kinder weiß man, dass diese verschluckbaren Spielsubstanzen auch in Mund und Magen der Kinder landen. Dennoch sind die Hersteller nicht dazu verpflichtet, sämtliche Inhaltsstoffe auf den Verpackungen dieser Produkte zu deklarieren und damit die Unbedenklichkeit dieser Stoffe deutlich zu machen“, erklärt Martin Rabanus. Schließlich gibt es auch sonst keinerlei flüssige, weiche oder pastöse Produkte im Supermarkt zu kaufen, auf denen nicht die Inhaltsstoffe deklariert werden müssen. Shampoo, Waschmittel, Pflegeprodukte, Kosmetika etc. weisen allesamt die darin enthaltenen Inhaltsstoffe auf.

„Leider existiert bei Spielzeugen diese Deklarationsverpflichtung nicht und die Eltern werden vollkommen im Ungewissen darüber gelassen, welche Inhaltsstoffe sich tatsächlich in diesen Produkten verbergen“, erläutert Rabanus weiter. Wie die Hersteller nun die technischen Anforderungen an diese Produkte umsetzen, damit diese beispielsweise nicht schimmeln, obwohl sie feucht sind, (Fungizide), gut riechen (Aromen), schön bunt sind (Farbstoffe) oder ihre Konsistenz stimmt (Emulgatoren, Bindemittel), bleibe damit laut Rabanus verborgen. Auch die bereits bestehenden Spielzeugverordnungen 88/378/EWG und 2009/48/EG ignorieren den Umstand, dass diese Substanzen ggf. von Kindern verschluckt und somit auch verstoffwechselt werden und sind damit unzureichend. Dass dieser Zustand alarmierend ist, zeigt nach Auffassung von Rabanus die Tatsache, dass beim Produkt des Marktführers bereits 2009 von Ökotest Formaldehyd-Abspalter nachgewiesen wurden. Im aktuellen Test aus Oktober 2013 wurde dieser Befund wiederholt.



Formaldehyd müsste eigentlich als Gefahrenstoff deklariert und auch mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet werden.

Ein mindestens ebenso eklatanter Sachverhalt ist, dass viele dieser Produkte aus Vermarktungsgründen bewusst als Lebensmittel-Imitat oder zumindest mit einem Lebensmittelbezug vertrieben werden (Popcorn Maschine, Burger Builder, Spaghetti-Fabrik, Eismaschine, Kuchenfabrik etc.). Dabei besteht in der EU ein klares Verbot sämtlicher Produkte, die durch Form, Farbe oder Geruch Ähnlichkeit mit Lebensmitteln aufweisen. Die Rechtsprechung hat unter Bezugnahme auf dieses Recht bereits mit Schokoladenaroma hergestelltes Duschgel verboten (BayVGH).

Berlinfahrt

Als Mitglied des Deutschen Bundestags steht mir im Jahr ein begrenztes Kontingent an durch das Bundespresseamt organisierten Informationsfahrten nach Berlin zur Verfügung. An- und Abreise sowie Unterkunft und das Rahmenprogramm vor Ort werden organisiert und sind für die Teilnehmer kostenfrei.

Die erste Fahrt findet vom 4. bis 7. März statt. Wenn Ihr Interesse habt/wenn Sie Interesse haben, könnt Ihr Euch/können Sie sich an mein Wahlkreisbüro wenden. Telefonisch ist mein Büroleiter Carsten Sinß unter der 06128/2467-11 oder per e-Mail unter martin.rabanus.ma04@bundestag.de erreichbar.



Besuch in Berlin

Besuchergruppen können von mir zu einem Plenar- oder Informationsbesuch mit begrenzter Teilnehmerzahl eingeladen werden. Ein Informationsbesuch in sitzungsfreien Wochen beinhaltet einen 45-minütigen Vortrag mit Erläuterungen zu Aufgaben, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Parlaments sowie zur Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes, ein Gruppenfoto und Gespräch. Im Anschluss daran kann die Reichstagskuppel besichtigt werden.

Wenn Sie / Ihr Interesse an einem Besuch bei mir im Bundestag haben / habt, können Sie sich / könnt Ihr Euch an mein Berliner Büro wenden. Ansprechpartnerin für Besuchergruppen ist Isra Faour. Telefonisch ist sie unter 030/227-77104, per e-Mail unter martin.rabanus.ma02@bundestag.de erreichbar.

Termine

- 4. Februar, 17.00 Uhr: Neujahrsempfang HfG in Offenbach
- 5. Februar, 19.00 Uhr: Parlamentarischer Abend Ingenieurkammer Hessen in Wiesbaden
- 6. Februar, 16.00-17.30 Uhr: Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in Taunusstein